

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Unterbezirk Wiesbaden
Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden



Antragsbuch Mitgliederversammlung

22./23..01.2021

1 Inhalt

1. Leitantrag des Unterbezirksvorstands für die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden am 21. Januar 2021	2
2. Land und Bund.....	5
Änderung des § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei Betriebsschließung ohne zeitliche Begrenzung.....	6
Gerechtes und einfaches Steuersystem	7
Herstellung von wichtigen Medizinprodukte wieder innerhalb der EU.....	8
Aufbau einer zentralen Viren- und Impfstoffdatenbank.....	9
Einrichtung einer zentralen Verteilstelle für Intensivbetten	10
Bezahlung von Musikschullehrkräften nach TVöD 9	11
Bürgerversicherung für alle.....	12
Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100% des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen bis € 1600.-	13
Echte Steuerfreiheit für das Kurzarbeitergeld	14
3. Stadt	15
Einrichtung einer städtischen Beratungsstelle für Wohnungstausch im Alter	16

2

1. Leitantrag des Unterbezirksvorstands für die Mitgliederversammlung der SPD Wiesbaden am 21. Januar 2021

Am 14. März 2021 wählen die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener eine neue Stadtverordnetenversammlung und neue Ortsbeiräte. Als SPD Wiesbaden möchten wir unsere erfolgreiche Arbeit der vergangenen zehn Jahre fortsetzen und Wiesbaden weiter sozial und gerecht gestalten. Wir stehen für eine Stadt, in der sich alle zuhause fühlen. Unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht oder Herkunft.

Für uns gilt: Zusammen sind wir Wiesbaden!

Seit dem Eintritt in die Stadtregierung im Jahr 2011 hat sich Wiesbaden zum Positiven gewandelt – und das mit deutlich sozialdemokratischer Handschrift. Wir haben eine Trendwende im Schul- und Wohnungsbau eingeleitet, die Stadtfinanzen nachhaltig gestaltet, das soziale Netz mit mehr Kindertagesstätten und SozialarbeiterInnen sowie Kinder-Eltern-Zentren gestärkt. Mit dem Handlungsprogramm "Jugend ermöglichen" gehen wir gemeinsam jungen Menschen neue Wege bei der Beteiligung an Politik.

Mit dem im Zeit- und Kostenrahmen fertig gestellten RMCC verfügt Wiesbaden über einen neuen, modernen Kongressstandort. Die Kultureinrichtungen unserer Stadt wurden finanziell gestärkt und im Rahmen der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplans ein Diskussionsprozess auf Augenhöhe geführt. In den Vororten werden Bürgerhäuser Schritt für Schritt saniert, der Neubau für ein gemeinsames Bürgerhaus für Kastel und Kostheim ist beschlossen. Auch die Sportplätze und Sporthallen erfahren eine Verjüngungskur. Für das marode und von der Schließung bedrohte Schwimmbad in der Mainzer Straße und die sanierungsbedürftige Eisbahn haben wir mit dem Sportpark Rheinhöhe eine Lösung entwickelt und diese auf den Weg gebracht. Wir haben sukzessive an der Mobilitätswende gearbeitet, zunächst mit dem Ausbau des ÖPNV, jetzt verstärkt auch mit Initiativen für vernetzte Mobilität und bessere Radverkehrsmöglichkeiten.

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren vieles von dem, was wir uns vorgenommen hatten, erreicht. Bei anderen wichtigen Themen, wie etwa der Kinderarmut, arbeiten wir kontinuierlich an der Verbesserung von Bildungschancen - etwa mit der Handlungsstrategie „Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen“ in Wiesbaden, und damit auch an der Bildungsgerechtigkeit.

Vieles bleibt also noch zu tun – und dafür braucht es eine starke SPD am 14. März!

Zu unseren *wichtigsten* Anliegen gehören deshalb die folgenden Punkte:

Gute Kinderbetreuung und ein soziales Netz, das trägt, sind unser Anspruch. Wir stehen für den wohnortnahen Ausbau von Ganztagsplätzen von der Krippe bis zur Grundschule bei guter pädagogischer Qualität. Wir wollen allen Kindern gleiche Startchancen geben: durch Kinder-Eltern-Zentren, Familienbildung, Schulsozial- und Jugendarbeit. Unser Ziel ist ein gutes Leben

1 im Alter, egal wie hoch die Rente ist. Gut versorgt, möglichst lange selbstbestimmt zu Hause
2 leben und Teilhabe an den vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten.

3
4 **Moderne und sanierte Schulen** bleiben unser Ziel. Fast 200 Millionen Euro wurden in den
5 vergangenen Jahren in 18 Schulbauprojekte investiert. Dennoch bleibt viel zu tun. Wir wollen
6 deshalb den Etat für die Instandhaltung unserer Schulen weiter erhöhen und die notwendigen
7 Neubauprojekte schnell angehen. Wir sind überzeugt: gute Schulpolitik fängt beim Gebäude
8 an – und dieses muss auch den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden.
9 Deshalb wollen wir die *Digitalisierung* der Wiesbadener Schulen schneller umsetzen und dafür
10 weiteres Personal und Mittel zur Verfügung stellen. Bildung und Bildungsgerechtigkeit sind für
11 uns *die* Zukunftsthemen.

12
13 **Bezahlbarer Wohnraum** ist in Wiesbaden nach wie vor knapp. Die Mietkosten stellen viele
14 Menschen vor große Herausforderungen. Wir wollen deshalb die Mietpreisbremse für
15 städtische Wohnungsbaugesellschaften fortführen und so die Mietentwicklung insgesamt
16 bremsen. Vor allem aber müssen zusätzliche Wohnungen gebaut werden - auch in neuen
17 Quartieren wie etwa dem *Ostfeld*. Dabei muss mehr geförderter Wohnraum entstehen –
18 sowohl bei Projekten der Stadt als auch bei privaten Bauträgern. Die entsprechenden *Quoten*
19 wollen wir erhöhen. Städtische Grundstücke sollen möglichst nicht mehr verkauft, sondern mit
20 Erbbaurecht für die besten Konzepte vergeben werden.

21
22 **Mobilität** braucht einen starken öffentlichen Nahverkehr. Zuverlässig, schnell, sicher und
23 bezahlbar – nur so gelingt es, Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Das bedeutet für uns:
24 Mehr Verbindungen in und zwischen den Vororten, höhere Taktungen und günstigere Preise.
25 Das geplante Busfahren für einen Euro am Tag wollen wir umsetzen – denn die Fahrpreise sind
26 derzeit für viele Menschen eine durchaus beträchtliche finanzielle Belastung. Zudem gilt es,
27 den Fußgänger- und Radfahreranteil weiter zu steigern. Bei alle dem dürfen wir aber auch nicht
28 die VerkehrsteilnehmerInnen vergessen, die täglich auf ihr Auto angewiesen sind.

29
30 **Klimaschutz** bedeutet für uns: Global denken und lokal handeln. Wir wollen unserer
31 Verantwortung als Stadt Wiesbaden gerecht werden und zusätzlich zu den bisherigen
32 Maßnahmen einen umfangreichen „Klimatopf“ auflegen, um damit veraltete Heizungen,
33 schlecht isolierte Fenster und fehlende Wärmedämmung bei städtischen Gebäuden wie
34 Schulen oder Sporthallen schnellstmöglich anzugehen.

35
36 Das wichtigste bei unseren Vorhaben: **Wir haben ganz Wiesbaden im Blick.** Von Amöneburg bis
37 zum Westend, von der Rheinschiene über das Ländchen bis nach AKK. Wiesbaden ist so
38 vielfältig wie seine Stadtteile und die Menschen, die in ihnen leben. Eine verantwortungsvolle
39 Stadtpolitik muss sich deshalb auch um die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger kümmern.
40 Denn für uns steht fest: Nur zusammen sind wir Wiesbaden. Dazu gehört auch die
41 Wertschätzung und Unterstützung für *ehrenamtlich Tätige* in Vereinen und Verbänden, wie
42 dies unser Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende immer wieder zum Ausdruck bringt.

43
44 Gerade jetzt, angesichts der beispiellosen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, gilt
45 es, den Zusammenhalt zu stärken und politische Verlässlichkeit zu zeigen. Auch deshalb
46 möchten wir den erfolgreichen Kurs von Oberbürgermeister Gert Uwe-Mende, von

1 Stadtkämmerer sowie Schul- und Kulturdezernent Axel Imholz und Sozialdezernent Christoph
2 Manjura fortführen.

3

4 Der vorliegende Programmentwurf spiegelt die Vielfalt der Stadt Wiesbaden, ihrer
5 EinwohnerInnen und Stadtteile sowie die Politik der Wiesbadener SPD wider. Er zeigt, wie
6 umfangreich die Kommunalpolitik das Leben der Menschen beeinflusst und wie wichtig es ist,
7 die Zu- und Umstände vor Ort zu kennen. Dazu tragen auch und ganz besonders unsere
8 Mitglieder in den Ortsbeiräten sowie unsere 15 Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher bei.

9

10 Unser Leitmotiv lautet deshalb: Zusammen sind wir Wiesbaden!

11

12 Die Mitgliederversammlung wolle daher beschließen:

13

14 Der beigefügte Entwurf wird als „Programm der Wiesbadener SPD zur Kommunalwahl am 14.
15 März 2021“ beschlossen.

16

17 Dr. Patricia EckSusanne Hoffmann-Fessner Alexander Hofmann

18 Vorsitzende stellvertr. Vorsitzenden stellvertr. Vorsitzender

19

2. Land und Bund

A1

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 **Antragstitel:**

3 **Änderung des § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei**
4 **Betriebsschließung ohne zeitliche Begrenzung**

5

6 **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

7 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass zukünftig
8 Auszubildende auch bei einer vorläufigen Betriebsschließung von über 6 Wochen, das
9 Kurzarbeitergeld in vollen Umfang ihrer Ausbildungsvergütung erhalten.

10 **Antragsbegründung:**

11 Bislang muss ein Arbeitgeber, nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG, bei einer vorläufigen
12 Betriebsschließung seinen Azubis 6 Wochenlang die volle Ausbildungsvergütung zahlen.
13 Danach können die Auszubildenden nach derzeitiger Rechtsgrundlage in Kurzarbeit
14 einbezogen werden. Wenn wir von einer derzeitigen Mindestausbildungsvergütung von 515
15 € brutto und 60 % Kurzarbeitergeld ausgehen, bleibt den Auszubildenden im Krisenfall
16 lediglich ca. 250 € monatlich netto zum Leben. Dies ist, egal wie man kalkuliert, zu wenig!

Feststellung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

A2

Antragsteller: AfA Wiesbaden

Antragstitel:

2 Gerechtes und einfaches Steuersystem

3

4 **Der Unterbezirk Wiesbaden möge beschließen:**

5 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass ein gerechtes und einfacheres
6 Steuersystem eingeführt wird.

7 **Antragsbegründung:**

8 Durch die Coronakrise steigt die Verschuldung des deutschen Staates an, da er die
9 wirtschaftlichen Ausfälle auffangen muss. Mit einer hohen Ausfallquote der Kredite ist zu
10 rechnen. Die Bundesrepublik und die deutsche Gesellschaft wird wahrscheinlich auf den Kosten
11 sitzen bleiben. Das aktuelle Steuersystem gilt als eines der kompliziertesten Systeme der Welt.
12 Beispielsweise sind große Kapitaleinkünftebezieher (Dividenden und Zinsen 25%) im Vorteil und
13 werden geringer besteuert als Normalverdiener, die aus Arbeit oder anderen Quellen ihre
14 Einkommen (durschnittlich 35%) bestreiten. Steuervermeidung und Steueroptimierung sind hier
15 die Schlägwörter. Schon vor der Krise entgingen dem deutschen Staat durch Steuervermeidung
16 oder Steueroptimierung, sowie durch die unterschiedliche Besteuerung von Einküften mehrere
17 Milliarden Euro. Jahrelang wurde nur an einigen Stellschrauben herumgedreht, nie das System
18 als Ganzes hinterfragt. Die Coronakrise wird diesen Misstand noch verschärfen und zu einer
19 weiteren Belastung von niedrigeren und mittleren Einkommen sorgen. Das jetzige System muss
20 dringend auf dem Prüfstand und eventuell durch ein Neues ersetzt werden.

21 Abhilfe könnte ein einfacheres und gerechteres Steuersystem schaffen, in dem die
22 Steuerschlupflöcher geschlossen werden und das ganze System insgesamt entschlankt wird.
23 Profitieren würden dadurch vor allem niedrigere und mittlere Einkommen.

Empfehlung der Antragskommission:

Zurückverweisung an Antragssteller um die Forderung detaillierter auszuarbeiten

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Herstellung von wichtigen Medizinprodukte wieder innerhalb der EU

4

5 **Der Unterbezirk Wiesbaden möge beschließen:**

6 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass wichtige
7 Medizinprodukte wieder innerhalb der EU hergestellt werden.

8 **Antragsbegründung:**

9 Durch die Globalisierung und dem Outsourcing der Produktion von Medizinprodukten in
10 Schwellenländern zeigt sich, dass die EU in der Coronakrise gefährlich abhängig geworden ist.
11 Die Produktion konzentriert sich dabei auf wenige Länder. Beispielsweise zeigte sich, dass in
12 China die Coroankrise zu einem Produktionsstillstand für Medizinprodukte führte und es einen
13 Lieferengpass für Medikamente gab. Außerdem wurde eine Lieferung von Schutzausrüstung für
14 unser Pflegepersonal in die USA umgeleitet.

15 Daher sollte die Produktion für Medizinprodukten in der EU wieder stark ausgebaut und gefördert werden.
16 Auch bietet es sich an, dass die Produktion von Medizinprodukten als strategisch wichtiger
17 Wirtschaftsbereich eingestuft wird. Eine entsprechende Koordination für die Neuansiedlung von
18 Unternehmen für medizinischen Produkten und Ausrüstung könnte das „Europäisches Zentrum für die
19 Prävention und die Kontrolle von Krankheiten“ (ECDC) und die „Europäische Arzneimittelagentur“ leisten.

Empfehlung der Antragskommission:

zurückgezogen

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

Antragsteller: AfA Wiesbaden

2

Antragstitel:

3

Aufbau einer zentralen Viren- und Impfstoffdatenbank.

4

5

Der Unterbezirk Wiesbaden möge beschließen:

6

Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass eine zentrale Viren- und

7

Impfstoffdatenbank aufgebaut wird.

8

Antragsbegründung:

9

Die schnelle weltweite Ausbreitung des SARS-CoV-2 zeigt, dass die Gesundheitssysteme weltweit einer

10

Pandemie kaum gewachsen sind. Die Entwicklung eines Impfstoffes für SARS-CoV wurde vor 17 Jahren

11

einfach eingestellt, da die warmen Monaten die SARS-Pandemie im Sommer 2003 beendete. Politik

12

und Wissenschaft sahen keine weitere Notwendigkeit für die Entwicklung eines Impfstoffes. Dies rächt

13

sich heutzutage. Viren mutieren und sie kommen meistens in veränderter Form wieder. Die

14

Entwicklung von Impfstoffen ist sehr zeitintensiv und Bedarf einer genauen Prüfung, um

15

Gesundheitsrisiken zu vermeiden. Daher ist es mehr als ratsam, die Impfstoffforschung auch bei

16

Erregern weiterzuführen, die nur zeitlich begrenzt in Erscheinung treten. Die daraus erfolgten

17

Erkenntnisse könnten zukünftige Pandemien begrenzen und die Impfstoffentwicklung verkürzen.

18

Der Aufbau einer zentralen Viren- und Impfstoffdatenbank zur Archivierung und Forschung von

19

Erregern, sowie Katalogisierung und Entwicklung von geeigneten Impfstoffen ist das geeignete

20

Mittel, um zukünftige Pandemien zu begrenzen.

Empfehlung der Antragskommission:

zurückgezogen

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

Antragsteller: AfA Wiesbaden

1 **Antragstitel:**

2 Einrichtung einer zentralen Verteilstelle für Intensivbetten

3

4 **Der Unterbezirk Wiesbaden möge beschließen:**

5 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass eine zentrale Verteilstelle für
6 Intensivbetten eingerichtet wird.

7 **Antragsbegründung:**

8 Die schnelle Ausbreitung des SARS-CoV-2 innerhalb der Bundesrepublik zeigt, dass eine zentrale
9 Verteilstelle für die Koordination für die Belegung von Intensivbetten fehlt. Einige
10 Krankenhäuser sind überbelegt und in anderen Krankenhäusern sind noch genügend
11 Intensivbetten frei. Um freie Betten für die Patienten zu finden, müssen die Intensivmediziner
12 umständlich hin und her telefonieren. Dies kostet unnötig Zeit und gefährdet das Leben der
13 Patienten. Gerade Intensivbetten sind bei einem schweren Krankheitsverlauf der Patienten
14 lebensnotwendig.

15 Daher sollte dringend eine zentrale Verteilstelle für die Intensivbetten eingerichtet werden.

Empfehlung der Antragskommission:

erledigt

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Bezahlung von Musikschullehrkräften nach TVöD 9

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass Musikschullehrkräfte, die in
7 den Kitas musikalische Früherziehung unterrichten, zukünftig keine Honorarverträge, sondern
8 mindestens nach TVöD 9 bezahlt werden.

9

10 **Antragsbegründung:**

11 Musikalische Früherziehung ist ein wichtiger Bestandteil des bildungspolitischen Auftrags in
12 den Kitas. Deshalb sollte es unser Ziel sein, hierfür eine bessere Finanzierung zu schaffen, um
13 auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (mindestens nach TVöD 9)
14 hinzuwirken.

Empfehlung der Antragskommission:

Formulierung (Aman)

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

A7

Antragsteller: AfA Wiesbaden

1 **Antragstitel:**

2 **Bürgerversicherung für alle**

3 **Der Unterbezirk Wiesbaden möge beschließen:**

4 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass eine gesetzliche
5 Rentenversicherung für alle eingeführt wird.

6 **Antragsbegründung:**

7 Durch die Coronakrise verlieren momentan viele Menschen ihre Arbeitsstelle und ihr
8 Einkommen. Mit einer darauffolgenden wirtschaftlichen Rezession ist zu rechnen. Dies wird sich
9 längerfristig auf das Rentenniveau auswirken.

10 Würden alle Beschäftigte, also auch Selbständige und Beamte, in die gesetzliche
11 Rentenversicherung einzahlen, könnte das Rentenniveau stabilisiert und gleichzeitig der Anstieg
12 der Beiträge über einen längeren Zeitraum gebremst werden. Die längerfristigen Folgen der
13 Coronakrise würden gedämpft werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

A8

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100% des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen
4 bis € 1600.-

5

6 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

7 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass zukünftig ein sogenanntes
8 Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 % des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen
9 von 1 600 € gezahlt wird. Gehälter über 1 600 € werden darüber hinaus anteilig mit dem
10 Kurzarbeitergeld verrechnet.

11 **Antragsbegründung:**

12 Insbesondere auf geringverdienende Personen muss in Krisenzeiten geachtet werden. So ist es
13 nur eine logische Konsequenz, dass die Politik einen Gehalt sicherstellt, der auch in
14 Krisenzeiten zum Leben ausreichen kann. Dieses Solidarkurzarbeitergeld soll jährlich steigen,
15 ähnlich wie es beim Mindestlohn der Fall ist.

Empfehlung der Antragskommission:

DER UBV wird gemeinsam mit der AfA ein Konzept entwickeln für ein Solidarkurzarbeitergeld und dieses in die Partei einbringen

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Echte Steuerfreiheit für das Kurzarbeitergeld

4

5 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

6 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass zukünftig das
7 Kurzarbeitergeld einer echten Steuerfreiheit unterstellt wird. Das heißt, dass auch der
8 Progressionsvorbehalt wegfällt und das KUG steuerlich nicht als Einnahmen, sondern als
9 Zuschuss gewertet wird.

10 **Antragsbegründung:**

11 Immer wieder erleben Beschäftigte ihr blaues Wunder bei ihrer Steuererklärung, da das KUG
12 einer steuerlichen Progression unterliegt und sie einige Hundert Euro Steuern nachzahlen
13 müssen. Insbesondere in Krisenzeiten, wo Beschäftigte 100% in Kurzarbeit gehen müssen und
14 auf erhebliche Gehaltseinbußen bewältigen müssen, gleicht die nachträglich Besteuerung
15 einer doppelten Bestrafung.

Empfehlung der Antragskommission:

DER UBV wird gemeinsam mit der AfA ein Konzept entwickeln für ein Solidarkurzarbeitergeld und dieses in die Partei einbringen

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3. Stadt

Antragsteller: OV Wiesbaden-Nord

Antragstitel:

Einrichtung einer städtischen Beratungsstelle für Wohnungstausch im Alter

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird gebeten, den Magistrat damit zu beauftragen,
 - die Einrichtung einer kommunalen Beratungsstelle zur Unterstützung des Wohnungstauschs im Alter zu prüfen und
 - zu diesem Zweck zunächst – unter Beteiligung von qualifizierten Marktbeobachtern sowie Verbandsvertretern von Mietern und Eigentümern – zu untersuchen, ob zur Förderung des Wohnungstauschs im Alter in Wiesbaden ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Ersatzwohnungen besteht.
2. Aufgaben der frei zugänglichen Beratungsstelle sollen sein,
 - sich laufend einen ausreichenden Überblick über das vorhandene Angebot an geeigneten altersgerechten Wohnungen in Wiesbaden zu verschaffen,
 - durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit für den Umzug von Senioren in kleinere Wohnungen zu werben,
 - Senioren, die an einem Umzug in eine kleinere Wohnung interessiert sind, auf Anfrage über das Angebot an altengerechten Ersatzwohnungen zu informieren,
 - hierbei auf die Unterstützung durch große Wohnungsunternehmen und qualifizierte Maklerbüros zurückzugreifen,
 - notwendige Kontakte zu Anbietern von Ersatzwohnungen herzustellen, Finanzierungsfragen für den Umzug in eine Ersatzwohnung und Wohngeldansprüche zu klären und Interessenten umfassend über einen Umzug in eine kleinere Wohnung zu beraten,
 - das notwendige Umzugsmanagement zu begleiten und – soweit erforderlich – zu steuern,
 - Umzugskosten und Kosten für Wohnungsanpassungsmaßnahmen zu ermitteln und städtische Beihilfen für solche Kosten ausbezahlen.
3. Die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Beratungsstelle soll unentgeltlich sein. Personal- und Raumkosten für die Beratungsstelle sowie Kosten der Öffentlichkeitsarbeit und für Werbung trägt die Stadt.
4. Folgende Kosten sollen einkommensabhängig von der Stadt übernommen werden:
 - Umzugskosten bis zu einem Höchstförderbetrag von 5.000 € pro Umzug,
 - Kosten für Wohnungsanpassungsmaßnahmen in der Ersatzwohnung bis zu einem Höchstförderbetrag von 1.000 € pro Umzug.
5. Bei anfänglich 100 Umzüge p.a. ist mit Gesamtkosten für die Tätigkeit der Beratungsstelle von EUR 700.000,00 p.a. zu rechnen. Kosten in dieser Höhe werden aus Haushaltsmitteln der Stadt aufgebracht und aus Mitteln der kommunalen Wohnungsbauförderung refinanziert.

Begründung:

In Zeiten, in denen bekanntlich vor allem in Großstädten und Ballungsräumen und auch in Wiesbaden ausreichender und bezahlbarer Wohnraum für viele Familien Mangelware ist, die

1 Entwicklung neuer Wohnsiedlungen viel Planungszeit in Anspruch nimmt und
2 wohnungssuchende Haushalte auf sich warten lässt, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, ob
3 nicht bereits durch eine bessere Verteilung der vorhandenen Wohnflächen ein wirksamer
4 Beitrag zur Befriedigung der Wohnungsnachfrage geleistet werden kann.

5 Viele Menschen im fortgeschrittenen Alter, insbesondere dann, wenn sie in ihrer alten großen
6 Mietwohnung oder in ihrem Einfamilienhaus inzwischen allein leben und ihnen die
7 Unterhaltung ihrer Wohnung zunehmend schwer fällt, weil z.B. das Wohnhaus im Fall einer
8 Gehbehinderung nicht barrierefrei ausgestattet ist, haben den Wunsch nach Veränderung in
9 eine kleinere Wohnung: möglichst in ihrer vertrauten Umgebung, mit guter infrastruktureller
10 Ausstattung im Wohnumfeld und u.U. auch verbunden mit der Möglichkeit, Hilfen im Haushalt
11 oder bei Bedarf pflegerische Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Häufig gibt es aber
12 niemanden, der ihnen bei der Verwirklichung ihres Wunsches zur Seite steht. Oder seine
13 Umsetzung scheitert an finanziellen Problemen, die Ersatzwohnung bezahlen und einen
14 Umzug organisieren zu können. So bleiben die alte Dame und der alte Herr trotz ihres
15 Wunschs, sich mit einer kleineren Wohnung zu begnügen, in der sie sich besser zurecht finden
16 würden, in ihrer bisherigen großen Wohnung sitzen und wertvolle Wohnfläche, auf die andere
17 Familien angewiesen wären, geht auf diese Weise verloren.

18 **Wachsender Wohnflächenverbrauch im Alter**

19 Insgesamt nimmt der Pro-Kopf-Wohnflächenkonsum mit steigendem Alter zu. Gründe dafür
20 sind vor allem gestiegene Alterseinkommen und das Beharrungsvermögen älterer Menschen,
21 aber auch aus finanziellen Gründen wegen höherer Angebots- als Bestandsmieten in ihrer
22 bisherigen Wohnung zu bleiben und ihre Wohnungsgröße nicht zu verändern. Entscheidend
23 ist deshalb die Frage, inwieweit es gelingen kann, die Umzugsbereitschaft älterer Menschen
24 zu fördern und damit Wohnraum für jüngere Haushalte mit Kindern freizumachen.

25 Wenn junge Familien mit Kindern dabei unterstützt werden sollen, in überschaubaren
26 Zeiträumen eine für sie geeignete Wohnung zu finden, damit sie nicht ins Umland
27 abwandern, muss es darum gehen, die Hindernisse, die einem Wohnungswechsel älterer
28 Leute und einer Verkleinerung ihrer Wohnungsgrößen entgegenstehen, aus dem Weg zu
29 räumen. Damit wäre auch ein nicht unwesentlicher Beitrag zur besseren Auslastung der
30 öffentlichen Infrastruktur und zur Ressourcen-schonung verbunden. So ist der
31 Energieverbrauch von Wohngebäuden nach Ermittlungen des Bundesumweltamts trotz
32 Effizienzsteigerungen aufgrund des höheren Wohnflächenverbrauchs kaum gesunken ist
33 (sog. Rebound-Effekt).

34 Schon die durch eine bessere Auslastung der vorhandenen kommunalen, technischen und
35 sozialen Infrastruktur bewirkten Kosteneinsparungen würden dazu beitragen, freiwillige
36 Hilfeleistungen der Stadt zur Förderung des Wohnungstauschs im Alter zu refinanzieren, so
37 dass – fiskalisch betrachtet – keine höhere Belastung des kommunalen Haushalts durch
38 Übernahme solcher Kosten eintreten müsste. Im Ergebnis würde eine kommunale Strategie
39 zur Forcierung von Umzügen älterer Haushalte in kleinere Wohnungen also dazu führen, dass
40 sich bei voll ausgelasteten Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge die Einnahmen
41 der Stadt aus Nutzungsgebühren erhöhen und Ausgaben für andernorts nicht mehr oder
42 noch nicht benötigte kommunale Einrichtungen eingespart werden könnten.

43 Die Einlösung einer Strategie des Wohnungstauschs würde zudem die Beförderung des
44 Vorrangs der Innenentwicklung vor der Außenbereicherschließung der Stadt bewirken, der
45 Zersiedlung der Landschaft zuvorkommen und den vielfach unberechtigten Vorbehalten der
46 Bürgerschaft gegenüber neuen Siedlungsvorhaben den Wind aus den Segeln nehmen.
47 Schließlich hätte ein geringerer Wohnflächenkonsum erhebliche Energieeinsparungen zur
48 Folge und würde die Energieeffizienz von Wohngebäuden verbessern.

1 Wohnflächenreserven in Wiesbaden

2 Nach Angaben des städtischen Amtes für Statistik und Stadtforschung für das Jahr 2018
3 sind in Wiesbaden 57.121 Einwohner über 65 Jahre alt. Das sind ca. 20 Prozent der Gesamt-
4 bevölkerung von Wiesbaden. 19.574 Personen über 65 Jahre bilden Ein-Personen-
5 Haushalte. Sie verteilen sich auf Mietwohnungen und Eigentumswohnungen. Die
6 Eigentumsquote liegt in Wiesbaden bei 23,7 %. Für Haushalte über 65 Jahren kann sie mit
7 35 % etwas höher angenommen werden. Danach leben in Wiesbaden ca. 6.345 Bewohner
8 von Ein-Personen-Haushalten der über 65-Jährigen in eigenen Immobilien und ca. 11.783
9 Bewohner von Ein-Personen-Haushalten über 65 Jahren wohnen zur Miete. Der
10 durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf liegt in Wiesbaden unter dem
11 Bundesdurchschnitt von 45 Quadratmetern bei 39,27 Quadratmetern pro Person; die
12 durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt 83,80 qm. Für Ein-Personen-Haushalten über
13 65 Jahren kann der Wohnflächenkonsum pro Kopf wesentlich höher angenommen
14 werden: mit 120 Quadratmetern für Eigentümerhaushalte und mit 80 Quadratmetern für
15 Mieterhaushalte.

16 Von einem Veränderungsbedarf oder –wunsch wird für die Bedarfsermittlung nur dann
17 ausgegangen, wenn nur noch eine Person in der betreffenden Wohnung lebt. Ein möglicher
18 Veränderungswunsch von Paaren über 65 Jahren wird bei der Potentialprognose deshalb
19 vernachlässigt. Es ist nicht übertrieben anzunehmen, dass 20 % aller Haushalte älterer
20 Menschen über 65 Jahren, die nur aus einer Person bestehen, bei entsprechenden
21 Angeboten grundsätzlich bereit wären, in eine geeignete kleinere Wohnung umzuziehen,
22 weil die bisherige Wohnung zu groß geworden ist. Das würde in Wiesbaden immerhin ca.
23 3.600 Ein-Personen-Haushalte betreffen, davon 1.270 Haushalte bzw. Personen in eigenen
24 Wohnungen oder Einfamilienhäusern und 2.360 Mieter-Haushalte bzw. Personen, also
25 zusammen genommen bei vorsichtiger Schätzung ca. 15 % aller Haushalte über 65 Jahren. In
26 der weiteren Annahme, dass alleinlebende Wohnungseigentümer, die einen höheren
27 Wohnflächenverbrauch gewohnt sind, sich mit einer kleineren Ersatzwohnung in der Größe
28 von 80 Quadratmetern begnügen würden, dagegen einkommensschwächere
29 Wohnungsmieter mit einer Ersatzwohnung von durchschnittlich 60 Quadratmetern
30 zufrieden wären, läge das Potential für die Einsparung von Wohnflächen in Wiesbaden
31 durch Freimachung von großen Wohnungen bei fast 100.000 Quadratmetern Wohnfläche.
32 Legt man eine durchschnittliche Wohnungsgröße in Wiesbaden von 83,80 Quadratmetern
33 zugrunde, würden auf diese Weise insgesamt 1.168 Wohnungen für andere
34 wohnungssuchende Haushalte frei werden.

35 Das ist eine beträchtliche Zahl von Wohnungen, die im Wohnungsneubau nur durch
36 Inanspruchnahme einer Baulandfläche von ca. 20 ha erreicht werden könnte und das auch
37 erst nach einer üblichen Vorlaufzeit für Planung und Bau von fünf bis zehn Jahren! Auf den
38 ersten Blick lohnt es sich also, die Strategie des Wohnungstauschs zu verfolgen, weil dafür
39 offenbar ein ausreichend großes Nachfragepotential vorhanden wäre. Sie wird aber nur
40 dann erfolgreich sein, wenn die dafür notwendigen Bedingungen gegeben sind, vor allem
41 ein ausreichendes Angebot, um die spezifische Nachfrage nach altengerechten Wohnungen
42 bedienen zu können. Die Verfügbarkeit von ausreichendem, geeignetem, aber auch
43 bezahlbarem Ersatzwohnraum ist deshalb die wesentliche Bedingung für den Erfolg einer
44 Wohnungstausch-Strategie, weil das Interesse an einem Wechsel in eine kleinere Wohnung
45 sonst schnell versiegen würde. Es ist deshalb unverzichtbar, sich für Wiesbaden zunächst
46 einen möglichst umfassenden Überblick über das bestehende Ersatzwohnungsangebot zu
47 verschaffen.

48 Notwendige Bedingungen für ein erfolgreiches kommunales Wohnungstauschprogramm

1 Folgende Eignungsanforderungen gelten für den Tausch von Eigentums- und
2 Mietwohnungen gleichermaßen. Die Verringerung ihrer Wohnfläche wollen umzugsbereite
3 ältere Ein- oder Zweipersonen-Haushalte nur dann in Kauf nehmen, wenn sie in eine
4 Wohnung innerhalb ihrer vertrauten Umgebung, möglichst im selben Stadtteil umziehen
5 können, wenn die neue Umgebung über eine gute infrastrukturelle Versorgung verfügt und
6 bei Bedarf hauswirtschaftliche und pflegerische Leistungen zur Verfügung stehen. Dabei
7 wollen ältere Menschen nicht unbedingt in Altenwohnanlagen (Seniorenresidenzen u. ä.)
8 einziehen, wo sie nur unter Gleichaltrigen sind; aber eine barrierefreie Ausstattung der
9 neuen Wohnung ist für sie wichtig, um für den Eintritt von Gehbehinderungen im Alter
10 vorsorgen zu können. Da sich alte Menschen nur ungern von ihren alten Möbeln trennen, die
11 in einer verkleinerten Wohnung aber keinen Platz mehr finden, ist darauf zu achten, dass
12 altengerechte Wohnungen über einfach nutzbare Einbaumöbel verfügen (nicht nur
13 Einbauküchen sondern möglichst auch Einbaukleiderschränke!), was die Miete allerdings
14 verteuern könnte. Häufig kommen aber auch Senioren-Wohngemeinschaften oder
15 Mehrgenerationenhäuser in Betracht, wenn man sich persönlich stärker binden will.

16 Bei baulichen Monostrukturen (Einfamilienhaussiedlungen aus den 50er bis 70er Jahren) wird
17 es mangels Alternativen kaum Tauschmöglichkeiten geben. In Großsiedlungen aus dieser Zeit
18 gibt es aber meistens eine gute Mischung aus Einfamilienhäusern, großen und kleinen
19 Mietwohnungen, die einen Wohnungstausch grundsätzlich ermöglichen würden. Das größte
20 Reservoir besteht vermutlich im Altbaubestand, der freilich zunächst an die Wohnbedürfnisse
21 älterer Menschen angepasst werden müsste (Barrierefreiheit, Umwandlung von großen in
22 kleine Wohnungen u. ä.). Am ehesten wird das Konzept im Wohnungsbestand großer
23 Wohnungsunternehmen wie z.B. der GWW gelingen, die über eine Vielzahl unterschiedlicher
24 Angebote an Mietwohnungen verfügen und auch im Bauträgergeschäft tätig sind. Das gilt in
25 besonderem Maße für Wohnungsgenossenschaften, die ein ureigenes Interesse an der
26 Wohnraumversorgung ihrer Mitglieder haben.

27 Einrichtung einer öffentlichen Beratungsstelle

28 Um Wohnungen zu finden, die den Ansprüchen Älterer genügen, müssen sich die
29 umzugsbereiten Seniorenhaushalte an Anlaufstellen wenden können, die sie über das
30 vorhandene Ersatzwohnungsangebot informieren, Kontakte herstellen und umfassend
31 beraten, wie sie einen Umzug bewerkstelligen können. Solche Beratungsstellen werden
32 mangels laufender Wohnungsmarkt-Beobachtung in der Regel nicht ohne die
33 Unterstützung versierter Maklerunternehmen auskommen können, die über gute
34 Kenntnisse des lokalen Wohnungsmarkts verfügen. Häufig wird es auch möglich sein, auf
35 das Wissen engagierter Selbsthilfegruppen und Baugemeinschaften zurückzugreifen.

36 Bei Mietern kann es schwieriger werden, an eine geeignete neue Ersatzmietwohnung zu
37 kommen. Für diejenigen, die ihre Wohnungen von einem Wohnungsunternehmen gemietet
38 haben, das über größere Wohnungsbestände verfügt, könnte dieser Umstand von Vorteil sein,
39 weil große Bestandshalter eher in der Lage sind, im Ringtauschverfahren Ersatzwohnungen
40 anzubieten. Zu den Beratungsleistungen öffentlich zugänglicher Anlaufstellen gehört
41 selbstverständlich auch die Klärung von Finanzierungsfragen: Bei Eigentümern wird die
42 Finanzierung des Erwerbs einer Ersatz-Eigentumswohnung in der Regel kein Problem sein;
43 verfügen sie doch meistens aus der Veräußerung lastenfreier Altimmobilien über genügend
44 Mittel, um sich den Erwerb einer neuen Eigentumswohnung leisten zu können. Ältere
45 Haushalte neigen aber eher dazu, im Alter zur Miete zu wohnen. Für sie wird die Bezahlung
46 der laufenden Miete aus den Mitteln der Verwertung ihrer Altimmobilie in der Regel ebenfalls
47 unproblematisch sein, wenn Erbschaftsfragen zuvor in der Familie geklärt worden sind.

48 Bei Mietern ist die Finanzierung der Miete meistens von den jeweiligen
49 Einkommensverhältnissen der Rentnerhaushalte abhängig. Da die gesetzliche

1 Rentenversicherung weiterhin die Haupteinnahmequelle der meisten Rentnerhaushalte
2 darstellt, können sich die meisten Mieter im Alter bei den Wohnungskosten keine großen
3 Sprünge mehr leisten. Ihre Wohnkostenbelastung liegt im Durchschnitt ohnehin schon über
4 30 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens.

5 Folgendes Problem erschwert für Mieterhaushalte die Suche nach einer Ersatzmietwohnung:
6 Da die Angebotsmieten (Neuvermietungsmieten) in der Regel höher als maßvolle
7 Bestandsmieten ausfallen und die Quadratmetermieten für kleine Wohnungen zudem
8 meistens über den Mieten für große Wohnungen liegen, kann sich der Umzug in eine kleinere
9 Wohnung finanziell schnell als Nullsummenspiel herausstellen. Gelingt es aber, große
10 Bestandhalter wie z.B. die GWW dazu zu bewegen, in ihrem Wohnungsbestand
11 Ringtauschverfahren zu initiieren, könnten solche strukturellen Nachteile eher ausgeglichen
12 werden, denn auch Vermieter müssen ein Interesse daran haben, dass ihr Wohnungsbestand
13 von der spezifischen Nachfrage nach Wohnungen möglichst flächensparend in Anspruch
14 genommen wird. Bei sog. Aufstockern, also Rentnerhaushalten mit Anspruch auf
15 Grundsicherung, für die die Gemeinde die Miete als Transferleistung übernimmt, wird durch
16 Einschaltung der zuständigen Stelle für die Bewilligung von Kosten der Unterkunft (KdU) eine
17 Lösung über die Angemessenheit der Miete zu finden sein. Bei anderen Mietern dürfen die
18 Mietbelastungen für die Ersatzwohnung nicht höher ausfallen als für die Bestandswohnung,
19 sonst macht ein Umzug für sie keinen Sinn. Solche Berechnungen muss die Beratungsstelle
20 für ihre Klienten aufmachen können. Die Klärung von Finanzierungsfragen wird also für
21 Eigentümerhaushalte leichter sein als für Mieterhaushalte. Deswegen wird in der Beratung
22 von Mieterhaushalten ein Schwerpunkt auf die Kosten der Maßnahme zu legen sein.
23 Wohngeldansprüche und Umzugshilfen sind besonders zu prüfen.

24 Auf der Maßnahme- oder Durchführungsebene geht es um eine zielgerichtete
25 Öffentlichkeitsarbeit, eine qualifizierte Beratung durch niederschwellige frei zugängliche
26 öffentliche Anlaufstellen und um ein effektives Umzugsmanagement. Voraussetzung für den
27 Beginn der Öffentlichkeitsarbeit ist, dass sich die Stadt einen guten Überblick darüber
28 verschafft hat, ob die Bereitstellung von ausreichendem geeignetem Ersatzwohnraum
29 überhaupt gewährleistet ist, damit die Initiative nicht zum Flop ausartet. Die
30 Öffentlichkeitsarbeit sollte daher erst dann beginnen, wenn nach Einschätzung des
31 Reservoirs an geeignetem Wohnraum durch qualifizierte Marktbeobachter die
32 Angebotssituation geklärt worden ist, wenn die Stadt ihre Strategie zuvor mit den jeweiligen
33 Verbandsvertretern von Mietern und Eigentümern und mit großen Bestandhaltern von
34 Mietwohnungen einvernehmlich besprochen hat und ggf. ein Pilotprojekt erfolgreich
35 durchgeführt worden ist. Das skizzierte Programm bedarf also einer guten Vorbereitung.
36 Hilfreich dürfte es auch sein, die Erfahrungen von Trägern von Altenhilfeeinrichtungen
37 einzubeziehen.

38 Kernelement ist die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle, die dezentral in den
39 verschiedenen Stadtteilen arbeitet und jederzeit auf die interne Unterstützung ihrer
40 Tätigkeit durch große Wohnungsunternehmen und qualifizierte Maklerbüros zurückgreifen
41 können muss, um über das vorhandene Angebot an Ersatzwohnungen zu informieren und
42 die Interessenten bei dem Erwerb oder der Anmietung von Ersatzwohnungen unterstützen
43 zu können. Auch das Umzugsmanagement sollte – auf Wunsch der betreffenden
44 Wohnungssuchenden – von einer zentralen Stelle übernommen werden, die dabei intern
45 z.B. die Dienste von Hausmeisterservice- und Umzugsunternehmen in Anspruch nehmen
46 könnte.

47 **Kommunale Kosten für das Tauschprogramm**

48 In Anbetracht der oben beschriebenen monetären Einspareffekte im Rahmen der
49 kommunalen Wohnraumversorgung steht einer vollständigen oder teilweisen Übernahme

1 der Kosten der Öffentlichkeitsarbeit, der zentralen Beratungsstelle und des
2 Umzugsmanagements nichts mehr im Wege. Die Stadt sollte die Personal- und Raumkosten
3 der Beratungsstelle – die zweckmäßiger-weise bei der jeweils zuständigen Stelle für die
4 Wohnungsbauförderung angegliedert wird –, je nach den Einkommensverhältnissen des
5 betreffenden Personenkreises auch die Kosten des Umzugs bis zu einem bestimmten
6 Höchstbetrag ganz oder teilweise und ggf. auch bestimmte Kosten der Einrichtung der
7 Ersatzwohnung übernehmen. Sie kann diese Aufgaben ggf. auch auf eigene
8 Wohnungsunternehmen übertragen.

9 Für den Anfang sind folgende Kosten in Ansatz zu bringen:

10	- für die Öffentlichkeitsarbeit p.a.	EUR 50.000,00
11	- für die Beratungsstelle (anfänglich eine Vollzeitstelle) p.a.	EUR 100.000,00
12	- für anfänglich 100 Umzüge p.a. zu einem Höchstförderbetrag	
13	von EUR 5.000 pro Umzug	EUR 500.000,00
14	- für Wohnungsanpassungsmaßnahmen bei anfänglich	
15	50 Umzügen p.a. pro Umzug pauschal bis zu EUR 1.000	EUR 50.000,00
16	insgesamt also für anfänglich 100 Umzüge p.a.	EUR
17		700.000,00

18 Bei der für den Anfang geringen Zahl von nur 100 Umzügen pro Jahr fallen somit pro
19 erfolgreichem Umzug in eine kleinere Wohnung Kosten von EUR 7.000,00 an, deren Einsatz
20 im Ergebnis dazu führt, dass 100 freigemachte große Wohnungen zur Belegung durch andere
21 wohnungssuchende Familien frei werden, die, wenn sie schon in Wiesbaden wohnen,
22 wiederum andere Wohnungen freimachen. Bei erfolgreichem Verlauf und steigender
23 Nachfrage steht einer Ausweitung des Programms nichts entgegen.

24 Bedenkt man, dass die Stadt für den Neubau einer Mietwohnung im öffentlich geförderten
25 Wohnungsbau mit einer durchschnittlichen Größe von 80 Quadratmetern – über die
26 Landesförderung hinaus – als Spitzenfinanzierung mindestens EUR 20.000,00 kommunaler
27 Fördermittel aufbringen muss, um die Mietbelastung für die Neubauwohnung in Grenzen zu
28 halten, fallen demgegenüber Kosten von nur EUR 7.000,00 pro Fall für die Mobilisierung von
29 Wohnraumreserven durch Wohnungstausch relativ niedrig aus. Der Einsatz dieser Mittel
30 käme auch denjenigen Seniorenhaushalten zugute, die aufgrund ihres Einkommens
31 Anspruch auf eine öffentlich geförderte Miet- oder Eigentumswohnung hätten. Überhaupt
32 müssten sich die finanziellen Anstrengungen der Stadt auf die Förderung von
33 preisvergünstigten kleinen Mietwohnungen für Senioren konzentrieren (nicht in
34 Altenwohnanlagen sondern verstreut auf den gesamten Wohnungsbestand der Stadt!).

35 Fazit

36 Die Auswertung des vorhandenen Potentials an unterbelegten Wohnungen mit
37 umzugsbereiten älteren Einpersonenhaushalten zeigt für die Stadt Wiesbaden, dass
38 insgesamt 1.168 Wohnungen mit einer mittleren Größe von 83,8 Quadratmetern für den
39 Bezug durch andere Haushalte freigemacht werden könnten. Für den Neubau von
40 Wohnungen in dieser Größenordnung im preissubventionierten Mietwohnungsbau müsste
41 die Stadt bei Einsatz von Fördermitteln in Höhe von EUR 20.0000 pro Wohneinheit
42 insgesamt EUR 23,4 Mio. an kommunalen Fördermitteln aufwenden, verteilt auf fünf Jahre
43 immerhin EUR 4,7 Mio. pro Jahr.

44 Es liegt auf der Hand, welche Variante für die Stadt günstiger ist, um ans Ziel einer
45 bedarfsgerechten Wohnraumversorgung zu gelangen. Auf die Förderung des Neubaus von

1 altengerechten Wohnungen wird die Stadt bei der Anwendung der Strategie zwar nicht
2 gänzlich verzichten können, weil nicht der ganze Wohnungsbedarf durch Wohnungstausch
3 gedeckt werden kann; sie kann ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet aber vermindern,
4 wenn ein geringerer Mitteleinsatz zum selben Erfolg führt. Zumindest ausprobieren sollte
5 sie es, ob die Förderung des Umzugs im Alter durch Wohnungstausch nicht doch ein
6 wirksames Mittel zur Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsnot und zur Bereitstellung
7 altersgerechten Wohnraums sein kann. Sie würde damit gewissermaßen zwei Fliegen mit
8 einer Klappe schlagen!

Empfehlung der Antragskommission:

Idee findet sich im Wahlprogramm wieder;

Antrag wird an die Stadtverordnetenfraktion zur weiteren Verwendung überwiesen.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung